



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/03290**
Datum: 26.01.2022
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.11.2021	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	25.01.2022	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	26.01.2022	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition "Cities for Digital Rights"

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Ziele und Prinzipien der Deklaration der „Cities for Digital Rights“ durch die Stadt Halle (Saale) bereits erfüllt werden und wo noch Handlungsbedarf besteht.
2. Wir regen an, dass die Stadt Halle (Saale) die Mitgliedschaft in der Städtekoalition „Cities for Digital Rights“ **perspektivisch** anstrebt.
3. Die Stadt Halle (Saale) berichtet ~~halbjährlich~~ **zweimonatlich** im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung zu den Sachständen und Fortschritten im Bereich Digitalisierung der Stadt Halle(Saale). Der Bericht soll u.a. die Themen „Digitale Agenda der Stadt Halle“, „**Smart City Förderung**“, „**OZG-Umsetzung**“ und „digitale Verwaltung“ beinhalten.

~~1. Die Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition „Cities for Digital Rights“ zu beantragen und die Ziele der Deklaration umzusetzen.~~

~~2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt dem Stadtrat mitzuteilen, welche Ziele und Prinzipien der Deklaration die Stadt Halle bereits erfüllt und wo noch Handlungsbedarf besteht.~~

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

gez. Tom Wolter
Vorsitzender der Fraktion
MitBürger & Die PARTEI

Begründung:

Die Digitalisierung prägt unser alltägliches Leben, wie kaum eine andere Entwicklung der letzten Jahre. E-Mobilität, Check-In-Apps, Online-Abfragen etc. sind in Halle fester Bestandteil des städtischen Lebens. Die digitale Transformation bietet zahlreiche Chancen, bringt aber auch Risiken mit sich. Um Bürger:innen eine Orientierung im digitalen Transformationsprozess zu geben, eignet sich die Deklaration der Städtekoalition „Cities for Digital Rights“. Das Bündnis besteht aus 49 Städten, darunter München, Berlin und Leipzig, die ihre Erfahrungen in dem Bereich austauschen. Außerdem arbeitet es mit dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) zusammen.

Städte sind die demokratischen Institutionen, die den Menschen am nächsten stehen. Daher spielen sie eine entscheidende Rolle, wenn es um den Schutz von Menschenrechten, die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Förderung von Demokratie geht. Das gilt auch für das Internet und digitale Infrastruktur, denn in Städten werden nicht nur Daten erhoben und verarbeitet, sondern auch die Meinungsbildung zu (kommunalen) Themen findet zunehmend online statt. Dadurch stellt der Zugang zum Internet und zu Online-Ressourcen eine wichtige Partizipationsmöglichkeit dar.

Die Vorteile für die Stadt Halle (Saale) bestehen in einer klaren Kommunikation ihrer Ziele im digitalen Transformationsprozess ihren Bürger:innen gegenüber. Das gibt Bürger:innen die Möglichkeit, die in der Deklaration (1) enthaltenen Schutz- und Partizipationsrechte und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einzufordern.

1. Universeller und gleichberechtigter Zugang zum Internet und digitale Kompetenz

Jede:r soll zu gleichen Bedingungen erschwinglichen und einfachen Zugang zum Internet und digitalen Diensten haben sowie die digitalen Fähigkeiten, um diesen Zugang zu nutzen und die digitale Spaltung zu überwinden.

2. Privatsphäre, Datenschutz und Sicherheit

Jeder sollte die Kontrolle über seine Privatsphäre und seine persönlichen Daten haben und zwar durch Datenschutz sowohl an physischen als auch an virtuellen Orten, um die digitale Vertraulichkeit, Sicherheit, Würde und Anonymität zu gewährleisten sowie die Souveränität über seine Daten, einschließlich des Rechts zu wissen, was mit den eigenen Daten geschieht, wer sie verwendet und zu welchem Zweck.

3. Transparenz, Rechenschaftspflicht und Nicht-Diskriminierung von Daten, Inhalten und Algorithmen

Jede:r sollte Zugang zu verständlichen und genauen Informationen über die technologischen, algorithmischen und künstlichen Intelligenzsysteme haben, die ihr Leben beeinflussen und die Möglichkeit unfaire, voreingenommene oder diskriminierende Systeme zu hinterfragen und zu ändern.

4. Partizipative Demokratie, Vielfalt und Inklusion

Jede:r sollte im Internet repräsentiert sein und die Möglichkeit haben, sich kollektiv durch offene, partizipative und transparente digitale Prozesse mit der Stadt auseinanderzusetzen. Jede:r sollte die Möglichkeit haben, sich an der Gestaltung der lokalen digitalen Infrastruktur und Dienstleistungen zu beteiligen und an der Gestaltung der Stadtpolitik gemeinwohlorientiert mitzuwirken.

5. Offene und ethische Standards für digitale Dienste

Jede:r sollte in der Lage sein, die Technologien seiner Wahl zu nutzen und dasselbe Maß an Interoperabilität, Integration und Chancengleichheit bei digitalen Diensten erwarten. Die Städte sollten ihre eigenen technologischen Infrastrukturen, Dienste und ihre Agenda durch

Definition von offenen und ethischen Standards für digitale Dienste und Daten festsetzen, um sicherzustellen, dass sie diesem Versprechen gerecht werden.

Die verschiedenen Handlungsfelder mit jeweils konkreten Zielen sind auf <https://citiesfordigitalrights.org/checklist> aufgeführt.

Durch den Beitritt zum Bündnis entstehen der Kommune keine Kosten.

Verweis:

(1) https://citiesfordigitalrights.org/Declaration_cities_for_digital_Rights.pdf